

## Neues Buch vorgestellt: Das PPP-Prinzip

Private Public Partnership - wenn Privatinvestoren und Staat zusammenrücken / Exponierte Vertreter aus Politik, Forschung, Verwaltung und Wirtschaft fordern den Aufbruch zur Verantwortungsübernahme für die Gesellschaft

*Bonn, den 19. Oktober 1998.* Eine Elterninitiative unterhält einen eigenen Kindergarten, ein Unternehmen stellt jugendliche Langzeitarbeitslose ein und baut damit sein Kundenservice-Angebot aus. Das weit verbreitete Phänomen privat-öffentlicher Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen hat einen Namen - Private Public Partnership.

Im Idealfall kooperieren dabei autonome und vor allem gleichberechtigte Partner aus Wirtschaft, Bürgertum, Politik und Verwaltung in Bereichen wie Sozialwesen, Kultur oder auch Bildung miteinander. Ihnen bietet Private Public Partnership die Chance, die Kreativität aller Beteiligten zu bündeln und zugleich finanzielle Lasten zu teilen. In der Realität sieht es allerdings manchmal auch so aus, dass gerade dort, wo Private öffentliche Aufgaben übernehmen, der Staat einen großen Wunsch nach Kontrolle und Überwachung hat.

Von der Bedeutung der Private Public Partnership für die Zeiten leerer Staatskassen, ihren Chancen für die Zukunft und unzähligen Erfolgsbeispielen berichtet ein neues Buch des Wirtschaftsjournalisten und Publizisten Hans Georg Möntmann. Unter dem Titel "Das PPP-Prinzip" hat Möntmann zahlreiche Aufsätze exponierter Vertreter aus Wirtschaft, Forschung, Politik und Verwaltung gesammelt.

Darunter auch Günter Michels, Vorstandssprecher der Aral AG. Die marktführende deutsche Tankstellengesellschaft unterstützte die Buchpublikation im Rahmen ihrer vielfältigen Aktivitäten in Sachen Private Public Partnership. So betont denn auch Michels den Willen zum sozialen Engagement seines Unternehmens zum gemeinsamen Nutzen von Gesellschaft und Industrie: "Wenn sich Unternehmen hier engagieren, geschieht das in einem Freiraum, der der öffentlichen Verwaltung nicht gegeben ist. Sie können selektiv vorgehen, und sie können Experimente wagen. Denn gerade die `soziale Szene` braucht innovative Impulse, die ihr nur unabhängige Private geben können." Der Erfolg der verschiedenen bereits angelaufenen Private-Public-Partnership-Projekte der Aral AG untermauert dies eindrücklich: Bis heute sind an Aral-Tankstellen in Kooperation mit den Arbeitsämtern rund 800 Langzeit-Arbeitslose als KundenService-Kräfte eingestellt worden. Bis zum Jahresende sollen es 1.000 sein.

Die im Juli diesen Jahres gegründete Aral Stiftung hat sich der Förderung schwervermittelbarer jugendlicher Arbeitsloser verschrieben. Ziel ist zwar die Vermittlung in Arbeitsstellen, doch im Mittelpunkt steht die individuelle und persönliche Betreuung der Jugendlichen und ihre begleitende Unterstützung im Berufsalltag.

Bereits im letzten Jahr stiftete Aral einen Marketing-Lehrstuhl an der privaten Universität Witten/Herdecke; nicht um konkrete Lerninhalte zu beeinflussen, sondern vielmehr die Idee einer Universität - Forschung und Lehre - zu fördern.

Der Präsident der Hochschule, Konrad Schily, ist ein Verfechter für ein aktives Eingreifen des Einzelnen, wenn es um gesellschaftliche Belange geht: "Die Gestaltung der Gesellschaft in sozialer und kultureller Hinsicht, die Kultivierung eines öffentlichen Lebens gewinnen an Relevanz, weil diese gesellschaftlichen Kontexte es Individuen erlauben, Sinnbezüge zu schaffen und zu finden", so Schily.

---

Hier setzt dann auch echte Private Public Partnership ein: Die Bereitschaft der Bürger, in Eigenverantwortung etwas für die Gesellschaft zu tun und Aufgaben zu übernehmen, die die öffentliche Verwaltung nicht mehr leisten kann. Wenn zum Beispiel in nicht allzu ferner Zukunft Eltern Lehrmaterialien und Lehrkräfte aus eigener Tasche finanzieren, werden sie auch zunehmend mehr mitbestimmen wollen. Bei diesen Zukunftsvisionen muß der Staat aber nicht außen vor bleiben. Auch eine solche Schule braucht eine sichere Finanzierung, die sich Staat und Schulgemeinschaft teilen könnten.

Wenn also Private Public Partnership an anderen Stellen schon funktioniert, könne sie auch zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen, regt der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, an. "Da der Staat allein das Beschäftigungsproblem nicht lösen kann, sind auch die Privaten gefordert - in erster Linie die Unternehmen. Sie können zum Beispiel mit einer flexiblen und intelligenten Arbeitszeitpolitik mehr Menschen in Beschäftigung bringen", meint Jagoda. Daneben sieht der Präsident viele Formen der Zusammenarbeit zwischen der Bundesanstalt für Arbeit und den Unternehmen: "Aus unserem Experimentiertopf können wir innovative Ansätze der aktiven Arbeitsmarktpolitik unterstützen."

Bei allem Engagement betonen die Unternehmer jedoch, dass sie Private Public Partnership verstehen als Instrument zur Festigung demokratischer Strukturen, gesellschaftlicher Stabilität und einer kontinuierlichen Weiterentwicklung des sozialen Aspekts der Marktwirtschaft - Faktoren, von denen Industrie und Wirtschaft profitieren. Im Ergebnis helfen sie zwar, den finanziellen Druck auf die Staatsfinanzen zu mildern; dafür muss der Staat aber auch bereit sein, aktiv an diesem Prozess teilzunehmen.